

Mark-Wirtschaft und *Franc-fort*

Unterschiedliche geldpolitische Denkweisen

Christoph Barmeyer und Martin Boekstiegel*



Seit dem Jahr 2008 wird die Weltwirtschaft von der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten 80 Jahre erschüttert. In diesem Zusammenhang ist unter anderem die europäische Geldpolitik ins Zentrum der Betrachtung gerückt.

Rigueur et stabilité

La France et l'Allemagne n'ont pas le même langage pour surmonter les crises mondiales. Les auteurs de cette analyse ont recherché dans les deux principales revues économiques que sont *L'Expansion* et *Wirtschaftswoche* les commentaires publiés tout au long des deux dernières décennies du 20^e siècle, avant la création de l'euro.

Réd.

Wird die nähere Zukunft von niedrigem Wirtschaftswachstum geprägt sein, das mit billigem Geld angekurbelt werden muss? Oder beschwört vielmehr die Tatsache, dass die europäischen Staaten Milliardenbeträge ausgeben, um ihre Volkswirtschaften zu stützen, Inflationsgefahren herauf? Die Länder der Eurozone, die seit 1999 in einem gemeinsamen Währungsraum miteinander verbunden sind, müssen auf diese wirtschaftlichen Grundfragen gemeinsame Antworten finden. Insbesondere gilt dies für die beiden größten und wirtschaftlich bedeutendsten Mitglieder der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Deutschland und Frankreich.

Dass in diesen beiden Ländern – trotz des bewiesenen politischen Willens zur fortgesetzten und vertieften monetären Integration – durchaus

unterschiedliche Positionen zu geldpolitischen Grundfragen wie der Notenbankunabhängigkeit und den Aufgaben der Geldpolitik im Rahmen eines wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts existierten und noch existieren, ist bekannt. Allerdings wurden diese Aspekte bisher im Wesentlichen als Differenzen in einzelnen Sachfragen behandelt, anstatt die Frage zu stellen, inwiefern die in beiden Ländern vorkommenden geldpolitischen Denkweisen in sich geschlossene Argumentationssysteme darstellen, die in den jeweiligen wirtschaftskulturellen Logiken verankert sind. Dabei kann gerade eine solche Betrachtungsweise helfen, bestehende Differenzen zu erklären, Spannungen abzubauen und Kompromisslinien auszu-leuchten.

Frankreich: *Rigueur*-Diskurs

Dem Universum geldpolitischen Denkens in Frankreich nähert man sich am einfachsten über ein Schlüsselwort, das sich im Rahmen der Medienanalyse als durchaus prägend herausgestellt hat: *rigueur*. Inflationsbekämpfung als eine der Hauptaufgaben von Notenbanken wird in Frankreich als *politique de rigueur* bezeichnet, ein Begriff, der ins Deutsche weitgehend unübersetzbar ist – „Politik der Härte“ oder „Politik der Strenge“ – knüpfen hierzulande an keine vorhandenen gedanklichen Konzepte an. Für die französische

* Prof. Dr. Christoph Barmeyer ist Inhaber des Lehrstuhls für Interkulturelle Kommunikation der Universität Passau und Frankreichforscher. Martin Boekstiegel ist Absolvent der Fachhochschule der Deutschen Bundesbank und Diplom-Kulturwirt mit Frankreich-Schwerpunkt.

Sicht auf die Geldpolitik ist es jedoch durchaus vielsagend, dass die Bekämpfung der Inflation mit einem Wort verbunden wird, das nicht nur positiv konnotiert ist, sondern in dem sich auch die vermeintlichen Nachteile zurückgehender Preissteigerungsraten widerspiegeln. Inflationsbekämpfung bedeutet zugleich auch eine tendenziell höhere Arbeitslosigkeit – der Glaube an die Phillipskurve, die einen Zielkonflikt zwischen der Bekämpfung von Inflation und von Arbeitslosigkeit zu belegen scheint, lebt hier also durchaus weiter – sowie Lohnzurückhaltung. Als Begründung für die Bekämpfung von Preissteigerungen wird allenfalls die dadurch steigende Kaufkraft der Haushalte akzeptiert.

Die Geldpolitik hat somit einen festen Platz im Instrumentarium der französischen Wirtschaftspolitik. Zinssenkungen werden in der Berichterstattung regelmäßig gefordert, wenn das Wirtschaftswachstum nachlässt und insbesondere die Arbeitslosigkeit steigt. Den Ruf nach Zinserhöhungen sucht man dagegen vergeblich. Interessant



ist auch, dass diese Forderungen ausschließlich realwirtschaftlich begründet werden. Die Geldmenge, deren Anstieg gegebenenfalls Inflationsgefahren signalisieren könnte und die für die *Banque de France* einen wichtigen Indikator für die Ausrichtung ihrer Politik darstellte, wird dagegen sehr selten argumentativ herangezogen. Hier schimmern vor allem keynesianisch geprägte Denkmuster durch.

Vor diesem Hintergrund mag es verwundern, dass Frankreich – trotz dieser eindeutigen Präferenz für die Wirtschaftsförderung durch geldpolitische Maßnahmen – am Ende der 1980er-Jahre zur *politique du franc fort* fand, die eine strikte Koppelung des *Franc* an die D-Mark beinhaltete, die *Banque de France* somit zwang, geldpolitische Beschlüsse der Bundesbank in Frankfurt (*Frankfort*) nachzuvollziehen und so zeitweise relativ hohe Zinsen in Kauf zu nehmen. Auch hierfür finden sich Erklärungsansätze in der untersuchten Berichterstattung, die unregelmäßig Devisenmärkten relativ kritisch gegenübersteht.

Ein Blick in die Fachpresse

Um ein Bild davon zu zeichnen, welche geldpolitischen Denkweisen in Frankreich und Deutschland vorkommen und welche unterschiedlichen Binnenlogiken ihnen zugrunde liegen, wurde im Rahmen einer Diplomarbeit an

L'Expansion

der Universität Passau die geldpolitische Berichterstattung der französischen Wirtschaftszeitschrift *L'Expansion* und der deutschen *Wirtschaftswoche* analysiert. Beide Zeitschriften zeichnen sich dadurch aus, dass sie durch ihre Auflagenstärke (jeweils etwa 200 000 Exemplare) dem wirtschaftspolitischen Mainstream des jeweiligen Landes angehören. Außerdem kann man beiden durchaus eine Schwerpunktkompetenz im Bereich der Geldpolitik zurechnen, da die *Wirtschaftswoche* Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse ist und der Gründer von *L'Expansion*, Jean Boisson-

nat, in den 1990er-Jahren zum Leitungsgremium der *Banque de France* gehörte. Als Zeitraum für die Analyse wurde die Periode von 1981 bis 2001 angesetzt (untersucht wurden insgesamt 315 französische und 385 deutsche Artikel aus sieben Jahrgängen innerhalb dieses Zeitraums), da diese in beiden betrachteten Ländern von großen Veränderungen im Bereich der Geldpolitik gekennzeichnet war – als Stichworte seien hier nur die *politique du franc fort* oder der Beginn der Währungsunion 1999 genannt.

**Wirtschafts
Woche**

Ziel der Analyse war es, herauszufinden, inwieweit die geldpolitischen Denk- und Argumentationsweisen mit den Veränderungen der Rahmenbedingungen Schritt hielten. Bemerkenswerterweise ist hierbei allerdings in beiden Ländern eine weitgehende Stabilität der Argumentationen in der Berichterstattung festzustellen.

C. B., M. B.

Die Bindung des *Franc* an die Mark war damit Teil einer Strategie zur Bekämpfung von Währungsspekulationen. Außerdem spielte auch nationales Ansehen eine Rolle, das sich nicht mit der allgemeinen Wahrnehmung des *Franc* als „Weichwährung“ verfrug. Möglicherweise entscheidend für das Bemühen um eine starke Währung waren allerdings außenwirtschaftliche Aspekte: Die Berichterstattung zeigt ständig wiederkehrende Diskussionen zwischen jenen, die einen niedrigeren *Franc*-Kurs zu den Partnerwährungen (insbesondere D-Mark und US-Dollar) verlangen, um die Exporte zu fördern und jenen, die es für die Entwicklung einer französischen High-Tech-Industrie gerade für entscheidend halten, mit einer starken Währung Anreize für eine Verbesserung der technologischen und qualitativen Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft zu setzen. 1987 schreibt Jean Boissonnat, ein schwacher *Franc* sei gut, um Äthylbenzol zu verkaufen, allerdings hätte ein starke Währung Frankreich erlaubt, eine Videorekorder-Industrie zu haben („*Un franc faible, c'est bien pour vendre l'éthylène. Mais un franc fort nous aurait peut-être permis d'avoir une industrie du magnétoscope*“). Geld- und Währungspolitik diene damit nicht nur zur Förderung der Wirtschaft, sondern auch zu ihrer Lenkung in Richtung einer höheren internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die *dévaluations compétitives* der frühen 1980er-Jahre hatten ausgedient und das Schlagwort der *désinflation compétitive* machte die Runde.

Im Wettbewerb sah sich Frankreich dabei vor allem mit Deutschland und dessen bewundert-gefürchteter Notenbank, der „Buba“. Ihre Unabhängigkeit von der deutschen Politik – und damit auch von indirekter politischer Beeinflussung aus Paris – wurde von französischer Seite mit Unverständnis und Sorge betrachtet. Der *Franc* als Satellit der D-Mark, der *dogmatisme* und die *intransigeance* der Bundesbank, die diktatorisch über die europäischen Währungen herrschte, mochte so überhaupt nicht zu der französischen Sicht auf die eigene Unabhängigkeit, sowie auf Geldpolitik als Politik passen. So erklärt sich auch zum Teil das französische Streben in Richtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und die Akzeptanz einiger Zumutungen

wie den Sitz der Zentralbank in Frankfurt und ihre Unabhängigkeit von der Politik. Immerhin bestanden Hoffnungen, einige Aspekte französischer Geldpolitik, zum Beispiel die politische Kontrolle des Wechselkurses und ein gemäßigtes Zinsniveau, auf europäischer Ebene einzubringen. Diese haben sich – wie die Berichterstattung in *L'Expansion* und immer wieder aufflammende Diskussionen um eine europäische Wirtschaftsregierung zeigen – nur teilweise erfüllt.

Deutschland: Stabilität-Diskurs

Einen fundamental anderen Zugang zur Geldpolitik als Frankreich hat dagegen Deutschland. Das in der *Wirtschaftswoche* die Berichterstattung prägende geldpolitische Schlüsselwort ist die „Stabilität“. „Stabilitätspolitik“ steht dabei – nicht anders als in Frankreich die *politique de rigueur* – für Maßnahmen der Inflationsbekämpfung, jedoch ist der deutsche Begriff ausnahmslos positiv konnotiert und schlägt einen semantischen Bogen von der nach dem Krieg erreichten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stabilität der Bundesrepublik zur Preisniveaustabilität als geldpolitischem Hauptziel. Wiederum ist die direkte Übersetzung ins Französische nicht möglich: *Politique de stabilité* bezeichnet allenfalls die deutsche Wirtschaftspolitik und wird aus den genannten Gründen eher als bedrohlich denn vertrauenserweckend wahrgenommen. Für die Deutschen steht der Begriff für eine komplette Abwesenheit von inflationären Tendenzen – das Ideal stellt die Nullinflation dar – sowie für ein institutionelles Gleichgewicht, das den Akteuren der Wirtschaftspolitik, Regierung, Bundesbank und Tarifparteien, die Handlungsfelder Finanz-, Geld- und Lohnpolitik in eigener Verantwortung zuweist. Der Bundesbank kommt dabei die Rolle eines wirtschaftspolitischen Gewissens zu, da ihr in der Berichterstattung das Recht zugemessen wird, nicht stabilitätsgerechtes Verhalten durch eine straffere Geldpolitik zu sanktionieren. Im Gegensatz zur Berichterstattung auf französischer Seite tauchen dabei durchaus Forderungen nach höheren Leitzinsen auf, wenn Inflationsgefahren drohen, beziehungsweise wird eine restriktive Politik der Notenbank damit entschuldigt, die allgemeine

Wirtschaftssituation lasse der Bundesbank keine andere Wahl als die Zinsen zu erhöhen. Die Gültigkeit der Philippskurve wird dabei, anders als auf französischer Seite, explizit bestritten. Inflationsfreiheit bildet vielmehr die Grundlage für nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Der Status der Bundesbank ist dabei von zwei Elementen geprägt: Ihrer Unabhängigkeit gegenüber politischer Einflussnahme, die andere Entscheidungen als geldpolitisch-sachlich begründete nicht zulässt, sowie ihrer Bindung an eine selbstformulierte Regel, die sie zum Einschreiten verpflichtet, wenn die Geldmengensteigerung eine im Voraus formulierte Marke übersteigt. Übertretungen dieser Grenzen – wie eine Einmischung der Politik in geldpolitische Fragen oder eine Verfehlung der Geldmengenziele durch die Bundesbank – rufen in der Berichterstattung vehemente Kritik hervor. Geld muss aus deutscher Sicht politikfrei sein.

Diese Inflationsaversion schlägt sich auch in der außenwirtschaftlichen Betrachtung nieder. Anders als in Frankreich, wo die Wechselkurspolitik letztlich Vorrang vor binnenwirtschaftlichen Fragen hatte, ist auf deutscher Seite die Inflationsbekämpfung oberstes Ziel. Dass hierdurch die D-Mark gegenüber stärker inflationierenden Währungen an Wert gewinnt, wird nicht nur billigend in Kauf genommen – Kritik an der verschlechterten Wettbewerbssituation deutscher Exporteure ist kaum zu finden – sondern aufgrund der inflationsmindernden Wirkung einer starken Währung in der Regel sogar begrüßt.

Die starke D-Mark ist dabei nicht nur Symbol der Nation, sondern Basis eines gewissen Nationalstolzes. Sie repräsentiert „*alles, wofür die Deutschen (West) 40 Jahre gearbeitet haben und wovon die Deutschen (Ost) 40 Jahre lang geträumt haben*“, heißt es in einem Beitrag der *Wirtschaftswoche* aus dem Jahr 1990. Deutschland ist stolz auf „*Europas angesehenstes Geld*“, die „*Königin Mark*“ und empfindet sich selbst als „*Stabilitätsweltmeister*“ und „*Land der Mark-Wirtschaft*“. Durchaus finden sich auch arrogantere Töne, wenn von der „*Weltgeltung der Deutschen*“, die Rede ist, die auf der D-Mark basiere und dadurch französische Sorgen vor deutscher Dominanz



nicht völlig unberechtigt erscheinen lassen. Es verwundert kaum, dass sich vor diesem Hintergrund der Enthusiasmus über die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung in Grenzen hielt. Das Ende der D-Mark wurde als Opfer auf dem Altar der europäischen Einigung akzeptiert, jedoch nur unter der Bedingung, dass die Europäische Zentralbank ebenso unabhängig wie die Bundesbank und ausschließlich der Preisstabilität verpflichtet sein müsse. Die D-Mark stand zur Disposition, die deutsche „Stabilitätskultur“ nicht.

Der Diskurs der beiden zentralen Wirtschaftsmagazine *Wirtschaftswoche* und *L'Expansion* zu geldpolitischen Haltungen und deren Analyse führt in der Gegenüberstellung zu interessanten Erkenntnissen: Dominiert auf französischer Seite die Wahrnehmung der Geldpolitik als Teil der Wirtschaftspolitik, die sich nach Bedarf den zentralstaatlichen Zielsetzungen im Hinblick auf Wirtschaftsbeeinflussung und Arbeitslosigkeitsbekämpfung unterzuordnen hat, so wird sie in der deutschen Berichterstattung als unpolitisches Feld betrachtet, in dem eine unabhängige, mit der Bekämpfung von Inflation beauftragte Notenbank Sachentscheidungen zu treffen hat. Keynesianisch orientierter Pragmatismus steht damit einer eher monetaristischen Regelbindung gegenüber, die hierarchische Steuerung des Wirtschaftslebens kontrastiert mit der dezentralen Koordinierung verschiedener autonomer Institutionen.

Diese recht unterschiedlichen geldpolitischen Ansätze befinden sich allerdings nicht in einem institutionellen Vakuum, vielmehr resultieren sie aus der Einbettung in recht verschiedene wirtschaftskulturelle Kontexte. In Frankreich ergibt sich die Vorstellung einer straffen Geldpolitik als *rigoureuse* unter anderem aus der relativen Wichtigkeit des Konsums für die Wirtschaft und der Rolle des Staates als wirtschaftlichem Impulsgeber sowie aus über lange Zeit hinweg relativ unkooperativen Gewerkschaften, deren Durst nach Nominallohnerhöhungen zeitweise über eine mäßige Inflationierung der Wirtschaft befriedigt werden musste. Des Weiteren ließ eine relativ preissensible Exportstruktur zeitweise einen schwachen *Franc* als Mittel zur Außenwirtschaftsförderung

erscheinen, später wurde diese Strategie durch ein Bemühen um den Aufbau hochwertiger Industrien ersetzt – Henrik Uterwedde spricht in diesem Zusammenhang vom „*Hightech-Colbertismus*“.

Auch auf deutscher Seite ist die institutionelle Einbettung der geldpolitischen Denkweisen eindeutig: Der föderalistische Staatsaufbau und das damit einhergehende Neben- und Übereinander staatlicher Strukturen und Institutionen lässt den Deutschen die dezentrale Koordinierung der Wirtschaftspolitik als Normalfall erscheinen. Externe Schocks werden weniger durch zentralstaatliche Intervention als durch institutionelle Arrangements und Kooperationen abgefangen – zu nennen wären hier unter anderem die Wichtigkeit des öffentlichen Bankensektors, der für eine günstige Verfügbarkeit von Kreditmitteln sorgt, oder auch die Zusammenarbeit der Tarifpartner, die zu moderaten Lohnsteigerungen führt. Neben diesen institutionellen Aspekten lassen sich auch kulturelle Aspekte in den betrachteten geldpolitischen Denkweisen finden, die hier bewusst zum Kontrast in Extremformen dargestellt werden: Die Charakterisierung der Deutschen als regelaffin, der Franzosen hingegen als pragmatisch, gehört zu den oft zitierten Gegensätzen der deutsch-französischen interkulturellen Kommunikation. Die tendenzielle Ablehnung einer unabhängigen Notenbank in Frankreich könnte durch die Rousseau'sche Identitätstheorie und die Wichtig-

keit der *volonté générale* erklärt werden. Ebenso drängt sich bei der Betrachtung die Konsumneigung der Franzosen einerseits, der Hochschätzung des Sparers auf deutscher Seite andererseits – welche sich unter anderem in Ritualen wie dem „Weltspartag“ niederschlägt – der Gedanke an Max Weber und seine Vorstellung vom Einfluss der protestantischen Konfession im Wirtschaftsleben auf. All dies soll hier nicht vertieft werden, es zeigt jedoch, dass zwischen Deutschland und Frankreich auftretende Differenzen in geldpolitischen Fragen mehr sind als sachliche Differenzen, dass sie vielmehr in der jeweiligen mentalitätshistorisch begründeten Wirtschaftskultur verwurzelt sind.

Abschließend kann – trotz der sehr auf die deutsch-französischen Unterschiede abzielenden Betrachtung – das Fazit nur ein versöhnliches sein: Die gemeinsame europäische Geldpolitik funktioniert seit einem Jahrzehnt und hat sich nach allgemeiner Ansicht auch und besonders in der derzeitigen Krise bewährt. Dass zwischen den Teilnehmerländern der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) gelegentliche Differenzen aufkommen, kann durch die unterschiedlichen wirtschaftskulturellen Prägungen erklärt werden. Umso lobenswerter ist vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass der Wille zur Zusammenarbeit gegenüber eventuellen Unstimmigkeiten überwiegt: Flexibilität und Prinzipientreue arbeiten zum gegenseitigen Nutzen zusammen.

Bibliographie

- Michel Albert, *Capitalisme contre Capitalisme*, Seuil, Paris 1991.
- Günther Ammon, *Der französische Wirtschaftsstil*, Eberhard, München 1989.
- Christoph I. Barmeyer / Hans-Jörg Schlierer / Fred Seidel, *Wirtschaftsmodell Frankreich. Märkte, Unternehmen, Manager*, Campus, Frankfurt/New York 2007.
- Martin Boekstiegel, *Rigueur und Stabilität: Geldpolitische Denkweisen in Frankreich und Deutschland in ihren institutionellen und kulturellen Kontexten. Eine Analyse im Spiegel von Wirtschaftszeitschriften*, Diplomarbeit eingereicht an der Universität Passau 2009.
- Commissariat général du Plan / Deutsch-Französisches Institut (Hg.), *Standortpolitik und Globalisierung: deutsch-französische Perspektiven. Wirtschaftspolitik im Wandel*, Leske + Budrich, Opladen 2001.
- Richard Münch, *Die Kultur der Moderne Band 2. Ihre Entwicklung in Deutschland und Frankreich*, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1993.
- Sylvia Schroll-Machl, *Doing Business with Germans. Their Perception, Our Perception*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005.